Die deutsche Leitkultur schlägt zu.

Was tun wir?

Vor wenigen Wochen haben wir zu unserer Veranstaltung „Solidarität – Kommt und hört, wie die deutsche Leitkultur“ zuschlägt“ eingeladen. Eine Riesen-Demonstration gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz, eine Schmutzkampagne gegen alle Geflüchteten und ihre Unterstützer_innen und einen Rechtsruck-Putsch der CSU weiter laden wir ein zur

Informations- und Diskussionsveranstaltung

mit **Gabriele Heinecke**

Rechtsanwältin in Hamburg und Mitglied im Bundesvorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV). , Sie hat erfolgreich Demonstrationsfreiheit sowie Kunstfreiheit für Antifaschisten bis zum Bundesverfassungsgericht erstritten (z.B. für den „Anachronistischen Zug 1980“) und gegen Landtagspräsidentin Barbara Stamm/Innenminister Joachim Hermann das Durchbrechen der Bannmeile des Bayerischen Landtags durch die Aktion „Revolution statt Krieg“ durchgesetzt. Als Verteidigerin von Safwan Eid, dem der Lübecker Brandanschlag 1996 in die Schuhe geschoben werden sollte, wurde sie international bekannt. Sie ist die Anwältin der Familie des 2005 in einer Dessauer Polizeizelle verbrannten Asylbewerbers Oury Jalloh. Während des G-20-Gipfels im Juli 2017 im anwaltlichen Notdienst tätig, verteidigt sie den 18jährigen Italiener Fabio V., der ohne konkreten Tatvorwurf angeklagt ist und über vier Monate inhaftiert wurde. Am 30. Januar 2007 sprach sie zusammen mit Gerhart Baum im Münchner Gewerkschaftshaus bei der Veranstaltung von ver.di München „Je mehr Not – desto mehr Notstand oder: Grundgesetz, war da was?“

David, Geflüchteter aus Donauwörth

David, einer der Sprecher des Gambian-Integration-Committee, Geflüchteter aus der Erstaufnahmeeinrichtung Donauwörth spricht über seine Erfahrung und Einschätzung des brutalen Polizeieinsatzes vom 14.03.2018 auf die Bewohner_Innen des Lagers. David gibt einen Rückblick und Einblick was der Polizeieinsatz bei den Geflüchteten ausgelöst hat. Er war selbst Zeuge und spricht als Betroffener von Polzeigewalt. *In Englisch, Übersetzung in die deutsche Sprache erfolgt.*

Hedwig Krimmer

Gewerkschaftssekretärin, Arbeitskreis aktiv gegen rechts in ver.di München, Mitinitiatorin des Bündnisses für unsere Versammlungsfreiheit gegen das bayerische Versammlungsgesetz, Mitinitiatorin des Bündnisses „Für ein solidarisches Miteinander gegen das bayerische Ausgrenzungsgesetz“ und aktiv gegen das bayerische Polizeiaufgabengesetz (2017/2018)

Mittwoch, 18. Juli 2018

DGB-Haus* 18 Uhr

***München, Schwanthalerstr. 64 (U 4/U5 Theresienwiese)**

#noPAG
Nein! Zum neuen bayerischen Polizeiaufgabengesetz

Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München
Bündnis #noPAG - Nein! Zum Polizeiaufgabengesetz Bayern

ver.di

ver.di Gewerkschaftsrat: Menschen zu retten, darf kein Verbrechen sein.

"... Obwohl sich auch in Deutschland Bundesländer wie Berlin, Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein offiziell bereit erklärt haben, Flüchtlinge aus humanitären Gründen solidarisch aufzunehmen, blockiert der zuständige Bundesinnenminister Horst Seehofer die Aufnahme der Menschen. Stattdessen forderte er im Innenausschuss des Bundestags, das Schiff zu beschlagnahmen und die Besatzung strafrechtlich zu verfolgen. In welcher Welt leben wir, in der das Retten von Menschenleben zur Straftat erklärt wird? (...) Wir stehen als Gewerkschafter*innen für den Schutz der Menschenrechte und für Solidarität – auch mit den Schwächsten der Gesellschaft. Unsere Kolleginnen und Kollegen setzen sich in ihrer Arbeit jeden Tag für eine soziale, gerechte und lebenswerte Welt ein. Wir fordern zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund, dass die gemeinsamen europäischen Werte wie die Einhaltung der Menschenrechte, die Solidarität und die Humanität geachtet und eingehalten werden. Wir verurteilen die Haltung des Bundesinnenministers und unterstützen die solidarische Aufnahme von Schutzsuchenden und Flüchtlingen auch in Deutschland."
Resolution der Sitzung des Gewerkschaftsrates am 28./29. Juni 2018

Zur Erinnerung!
ERKLÄRUNG

Wir, die Teilnehmer der Veranstaltung „Je mehr Not – desto mehr Notstand“ am 30. Januar 2007 im Münchner DGB-Haus haben zur Kenntnis genommen, was an Zerstörung von Grundrechten betrieben wird.
Wir sehen, dass damit und weiter darüber hinaus von der großen Koalition ein massiver Um- und Ausbau des Staates gegen die Bevölkerung unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus betrieben wird.
Wir sehen, dass all dies gewaltige Auswirkungen im Leben von Millionen haben wird.
Widerstand tut deswegen dringend not.
Dazu ist es wichtig, die Aufklärung *in* die Betriebe zu tragen als Grundvoraussetzung für den so notwendigen Widerstand *aus* den Betrieben.
Wichtig ist weiter, dass wir uns bundesweit zusammenschließen, wie einst im Kampf gegen die Notstandsgesetze.
Die Anwesenden sprechen sich für beides aus.
Und wir würden uns freuen, wie heute hier in diesem Saal die Gewerkschaften, Gabriele Heinecke, Gerhart Baum und viele, viele andere Seite an Seite zu sehen, bis wir haben, was wir so dringend brauchen: *eine Bewegung zur Verteidigung der Grundrechte, gegen den Notstand der Republik.*

München, 30. Januar 2007
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung (einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen)

ver.di-Bezirkskonferenz München · 25.11.2006 · Erding

Grundgesetz und Grundrechte verteidigen

ver.di protestiert entschieden gegen Maßnahmen und Projekte der Bundesregierung, die sich gegen demokratische Grundrechte und das Grundgesetz in seiner bisherigen Form richten, und gegen den damit verbundenen massiven Um- und Ausbau des Staatsapparats.
Dazu gehören derzeit vor allem:
- der Einsatz der Bundeswehr nach innen und die Aktivierung von Notstandsgesetzen
- die verfassungswidrige Zentralisierung und Zusammenarbeit von Polizei, BKA, zivilen und militärischen Geheimdiensten und Bundeswehr
- der Ausbau des Bundeskriminalamtes zu einer „präventiv tätigen“ Polizei
- das Projekt, über die Föderalismusreform Versammlungs- und Presserecht, Strafvollzug, Bildung, Kultur in die alleinige Verfügung der Länder zu legen
- die Grundrechtseinschränkungen durch die alten und neuen Hartz-Gesetze. ver.di unterstützt alle Bemühungen, Kolleginnen und Kollegen und die Öffentlichkeit über geplante und bereits stattgefundene Maßnahmen, die sich gegen Grundrechte und Geist und Inhalt des Grundgesetzes richten, zu informieren und sie zu Aktivitäten für den weiteren Bestand dieser Rechte zu mobilisieren.

Die Veranstalter behalten sich gem. § 6 VersG /Art. 10 BayVersG vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die neonazistischen Organisationen angehören oder der extremen rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch antisemitische, rassistische oder nationalistische Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren.

ver.di München ruft auf zur Demonstration

#ausgehetzt

gemeinsam gegen die Politik der Angst
gegen die verantwortungslose Politik der Spaltung von Seehofer, Söder, Dobrindt und Co
für ein Zeichen gegen den massiven Rechtsruck in der Gesellschaft, den Überwachungsstaat, die Einschränkung unserer Freiheit und Angriffe auf die Menschenrechte.

Sonntag, 22. Juli

Eine der vier Auftaktkundgebungen:

14 Uhr DGB-Haus

Von dort geht es weiter zur Abschlusskundgebung

15 Uhr Königsplatz

V.i.S.d.P.: Arbeitskreis Aktiv ggen rechts in ver.di München, Hedwig Krimmer, Schwanthalerstr. 64, 80336 München.E.i.S.